

Otto Haas

DER KURS UNSERER WIRTSCHAFTSPOLITIK

Vizekanzler Dr. Blücher erklärte vor einigen Wochen in Kiel, "der Handel müsse aus der Raubritter-Auffassung der Zeit nach der Währungsreform herauskommen". Man könnte diese Äußerung als eine quasi amtliche Bestätigung dessen werten, was die Überzeugung weiter Kreise schon längst ist und was der Entwicklung unserer wirtschaftlichen und sozialen Struktur - trotz nicht zu bestreitendem Produktions aufschwungs - einen fast unheimlichen Aspekt gibt.

Es ist aber die Frage berechtigt, ob es wirklich die gelockerte Moral des Einzelnen ist, die die ausgesprochene Mahnung rechtfertigt, oder ob es nicht vielmehr der von den verantwortlichen Wirtschaftspolitikern eingeschlagene Kurs ist, der den moralischen Mangel bedingt. Denn unbestreitbar ging die Tendenz der Wirtschaftspolitik seit der Währungsreform dahin, durch eine allgemeine Erhöhung des Preisniveaus eine in der Währungsreform nicht vorgesehene weitere Einengung der Kaufkraft zu erzielen, um auf der anderen Seite Erzeugern und Verteilern durch erhöhte Gewinnspannen eine raschere Bildung von neuem Kapital zu sichern. Das war aber nur möglich, wenn man dem Preisauftrieb freien Spielraum verschaffte und mit dieser Zielsetzung wurde die "freie Marktwirtschaft" gestartet.

Soll man nun den einzelnen schelten, wenn er eine so großzügig angebotene Gelegenheit zur Erzielung unverdienter Mehrgewinne benützt? Wenn die Wirtschaftspolitik die Möglichkeit zu Preisauflagen schafft, die durch die Kostenlage nicht gerechtfertigt sind, dann gehen die rechtschaffenen Grundsätze und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der gemeinsamen Wohlfahrt unter.

Und was der einzelne gestern noch als unmoralisch unterlassen hätte, wird er heute tun, und morgen wird er es wahrscheinlich auch noch verteidigen. Die Rechtsbegriffe sind wandelbar. Die Verantwortung aber tragen die Politiker, die die geschriebenen und ungeschriebenen Bindungen gelöst und der Willkür die Wege geebnet haben.

Sachrechte gegen Geldrechte

Die Zusammenhänge werden verständlicher, wenn wir sie aus dem gegensätzlichen Interesse zweier wirtschaftlicher Pole - Ware und Geld - zu erklären suchen. Auf der einen Seite stehen die *Güterberechtigten*, deren Besitz und Einkommen sich unmittelbar im Eigentumsrecht an Gütern (Sachwerten) ausdrückt (vor allem Erzeuger und Verteiler), auf der anderen Seite die *Geldberechtigten*, deren Besitz und Einkommen sich auf Geldrechte beschränkt und die erst mittelbar - durch Kauf - ein Eigentumsrecht an Gütern erlangen (sämtliche Lohn-, Gehalts-, Honorar-, Rentenempfänger usw.). Der natürliche Gegensatz besteht darin, daß die Güterberechtigten für ihre Waren eine möglichst große Nutzenspanne zwischen Gestehungskosten und Verkaufspreisen zu erzielen suchen: ihr Ziel ist der höchstmögliche Preis. Diesem Streben nach dem höchsten Preis steht aber das berechnete Verlangen der Geldberechtigten nach Aufrechterhaltung der Kaufkraft des Geldes entgegen, denn durch ein Sinken der Kaufkraft werden diese in ihren erworbenen Rechten unmittelbar geschmälert. Bei nur nomineller Währung sind die Geldberechtigten die wirtschaftlich Schwächeren, wenn an die Stelle der fehlenden stofflichen Sicherung (z. B. Gold) nicht eine andere Sicherung (z. B. eine feste Preisordnung) tritt.

Die schwache Position der Geldrechte hat sich bei der Währungsreform offenbart; die letztere kann als der gesetzliche Niederschlag eines mit ungleichen Mitteln geführten Kampfes zwischen Güter- und Geldberechtigten betrachtet werden, bei dem die Güterberechtigten über die Geldrechte brutal hinweggegangen sind. Eine sozial ungerechte Verschiebung der Besitz- und Einkommensverhältnisse zu Gunsten der Güterberechtigten war eingetreten.

"Freie Marktwirtschaft"

Die Entwicklung nach der Währungsreform setzte diese Verschiebung der Besitz- und Einkommensverhältnisse zu Gunsten der Güterberechtigten und auf Kosten der Geldberechtigten, genauer gesagt, auf Kosten der Kaufkraft des Geldes fort durch die mit der freien Marktwirtschaft geschaffene Freigabe der Preisbildung. Freie Marktwirtschaft setzt das Vorhandensein eines freien Wettbewerbs unter Einbeziehung des Weltmarktes voraus. Dieser Wettbewerb hat darin die Rolle des Preisregulators zu übernehmen. Ein solcher freier Wettbewerb ist aber heute angesichts der wirtschaftlichen und politischen Bindungen und Beschränkungen und der unklaren Währungsverhältnisse in der Welt nicht vorhanden. Wir befinden uns in einem Gestrüpp von Preisabreden, Preisstützungen, Ausgleichsabgaben, Einfuhrbeschränkungen und -sperrungen, die einen freien Markt illusorisch machen. Als Realität bleibt nur die Freigabe der Preisbildung, Wohin diese geführt hat, zeigt ein Blick in die Zusammenstellung der Großhandels- und Einzelhandelspreise wichtiger Waren, die regelmäßig in den Heften von "Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht wird; sie bringt eine auseinanderklaffende Skala von Preiserhöhungen (gegenüber den Vergleichsziffern von 1938), also ein völlig uneinheitliches Preisgefüge, ein Zeichen willkürlicher Preisbildung.

Der Preisindex der einzelnen Waren variiert etwa zwischen 150 und 350 v. H. im Vergleich zu 1938; bei einigen Waren liegt der Index sogar noch höher, z. B. für Häute, das Ausgangsmaterial für Lederwaren, bei 350 bis 451 v. H. Der

Durchschnittsindex für die wichtigsten Industrieerzeugnisse, der bestimmend ist für künftige Preisbewegungen, liegt heute bereits bei 222 v. H., der Durchschnittsindex für Nahrungsmittel bei 176 v. H. Von einem Auspendeln der einzelnen Preisbewegungen zu einem einheitlichen Ganzen sind wir also weit entfernt. Die willkürlichen Preisbildungen haben vielmehr zur Zerschlagung eines einheitlichen Preisgefüges geführt. Die Zwangsläufigkeit, daß die zurückgebliebenen Preise den vorausgeeilten nachstreben, läßt auf eine zunehmende Steigerung der Lebenshaltungskosten schließen.

Jetzt hat die Steigerung - trotz aller vorher gegebenen gegenteiligen Versicherungen - auf Brot, Mehl und sonstige Getreideerzeugnisse übergreifen und sich durchgesetzt. Die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen machen die Verteuerung nicht rückgängig, sondern suchen sie nur zu verschleiern, denn eine Gewichts- oder Güteminderung ist natürlich ebenfalls eine Preiserhöhung. Derartige Auswege sind um so bedenklicher, als sie den Betrugsmöglichkeiten freieren Spielraum gewähren. Der Lebenshaltungskostenindex wurde statistisch mit etwa 160 v. H. ermittelt. Die Verteuerung des Brotes, wie überhaupt die seit Mitte Juli sich bemerkbar machende neue Verteuerungswelle, läßt diese Indexzahl weiter ansteigen. Im Verhältnis zu den heutigen Preisen müßte der Lebenshaltungskostenindex ohnedies schon höher liegen; er wird nur durch Einsetzen der Mietkosten mit 102 v. H. herabgedrückt; aber auch dieser Mietindex muß heute schon als überholt angesehen werden, denn die Zuschläge für Neubauwohnungen und vor allem die üblich gewordenen Baukostenzuschüsse sind darin bestimmt nicht berücksichtigt.

Die vorhandene Tendenz steigender Lebenshaltungskosten ist unverkennbar, und da der Lohnindex schon bisher weit hinter dem Lebenshaltungskostenindex zurückgeblieben ist, scheint es unvermeidlich, daß auch Löhne und Gehälter wieder in Bewegung geraten, um ein weiteres Absinken des Lebensstandards zu vermeiden. Die Reallöhne in Deutschland sind heute die niedrigsten von allen für einen Vergleich in Betracht kommenden Kulturstaaten. Der prozentuale Anteil der Löhne an den Endverbraucherpreisen hat sich im Vergleich zur Vorkriegszeit stark gesenkt. Die wichtigste Frage ist, ob die erhöhten Lohnkosten zu Lasten des überhöhten Anteils der Erzeuger und Verteiler am Sozialprodukt gehen sollen oder wieder auf die Preise abgewälzt werden können. Das letztere wäre keine Lösung, denn die Güterberechtigten würden auf diese Weise durch eine Minderung der Kaufkraft des Geldes den Geldberechtigten das wieder nehmen, was sie ihnen eben erst zugestanden hätten.

Sicherung der Geldrechte

Jede Preiserhöhung vermindert die Kaufkraft des Geldes. Diese Kaufkraft ist für den Geldberechtigten der einzige Maßstab für den Geldwert. Die Lage ist in Deutschland heute so, daß nicht etwa die vorhandene Geldmenge die Höhe der Preise bestimmt. Die Preisbewegung hat sich vielmehr vom Geldumlauf unabhängig gemacht, und die von Erzeugern und Verteilern auf Grund ihrer wirtschaftlichen Macht diktierten Preise bestimmen nun die Kaufkraft des Geldes. Damit ist der Kernpunkt des Problems berührt.

Unsere Wirtschaftspolitik sucht allein mit geldtechnischen Mitteln die Stabilität der Währung aufrechtzuerhalten, während die Kaufkraft, also der wahre Wert des Geldes, von der Preisseite her angegriffen wird; sie hat den derzeit wichtigsten Faktor der Stabilisierung, nämlich die Preisbildung, aus der Hand gegeben. Die Preisrevolution hat in ihrer Ausdehnung auf die Gesamtwirtschaft den Charakter einer Währungsänderung in Richtung einer erheblichen Minderung der Kaufkraft des Geldes angenommen. Dieser Vorgang führte zu einer

entscheidenden Verschiebung der Einkommensverhältnisse; er sicherte den Güterberechtigten einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Sozialprodukt, der weit über dem Satz liegt, wie er in anderen vergleichbaren Staaten in Anspruch genommen wird. Dementsprechend hat sich der Anteil der Geldberechtigten, also der großen Masse des Volkes, vermindert; für sie ist die Decke zu kurz geworden und sie mußten ihren Lebensstandard ständig senken. Die Folgen liegen offen zu Tage: es sind die sicheren Zeichen des sozialen Verfalls: Fehlleitung des Kapitalstroms, Ansammlung in den Händen einer kleinen Schicht, Verarmung der großen Masse, Schwinden des Mittelstandes; und dadurch bedingt: Verfälschung des Bedarfsbildes der gesamten Volkswirtschaft. Der lebenswichtigste Bedarf breiter Volksschichten tritt mangels Kaufkraft in seiner ganzen Schwere gar nicht in Erscheinung, während weniger notwendige und Luxus-Bedürfnisse sich breit machen. Auch die Investitionen orientieren sich sehr oft weniger nach dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis, sondern entspringen der Sorge, überschüssige Gelder schnellstens wieder in Güterbesitz umzuwandeln. Es bedarf kaum des Hinweises, daß in Zeiten größter Not, insbesondere der Wohnungsnot, die Erstellung prunkvoller Geschäftshäuser, Restaurants und Vergnügungsstätten im Vordergrund stand. Wir begegnen diesem Mißverhältnis an Aufwendungen für weniger wichtige Dinge unter Vernachlässigung der wichtigeren und dringlicheren täglich und stündlich.

Die übermäßige Einengung des Verbrauchs der großen Masse - hierher gehört auch die Behandlung des Lastenausgleichs für die Totalkriegs- und Währungsgeschädigten - beeinflußt schließlich die Richtung der Produktionsausweitung im Gesamten; sie drängt die wichtigsten Bedarfsgüterindustrien und Handwerksbetriebe in den Hintergrund und verhindert eine ausgeglichene Auswertung der Produktionskapazität, darin liegen die tieferen Ursachen der hohen Arbeitslosenziffer. Wer glaubt, daß die Auswirkungen der sozial ungerechten Verteilung des Sozialprodukts übertrieben seien, der irrt sich. Es handelt sich jährlich um hohe Milliardenbeträge, die durch das überhöhte Preisniveau - vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt gesehen - fehllaufen und die soziale Ordnung untergraben. Es sind Beträge, die, richtig verwendet, zu einer fühlbaren Entspannung der sozialen Gegensätze führen könnten.

Es muß nochmals gesagt werden: Die bisherige Preisentwicklung ging auf Kosten des Geldwertes. Eine soziale Ordnung ist nicht möglich ohne Sicherung des Geldwertes; diese wiederum ist nicht möglich ohne Einflußnahme auf die Preisbildung, ohne Schaffung einer neuen Preisordnung, die, von den Grundstoffpreisen ausgehend, ein organisches Preisgefüge herstellt, das auf den wirklichen Gestehungskosten gegründet ist, eine angemessene Gewinnspanne einschließt, aber willkürlich überhöhte Spannen ausschließt. Die Preisbildung ist ein wesentlicher Faktor für die Herausbildung des Geldwertes, sie kann nicht einer einzelnen Wirtschaftsgruppe überlassen bleiben. Der Einfluß aller Geldberechtigten, in erster Linie der Werktätigen und ihrer Organisationen, ist notwendig, um eine gerechte und soziale Preisordnung zu schaffen und damit die Geldrechte zu sichern. Dem vielmumstrittenen "Mitbestimmungsrecht" erwächst hier auf dem Boden der allgemeinen Wirtschaftspolitik, also der überbetrieblichen Mitbestimmung, eine Aufgabe, die gelöst werden muß, wenn ein Abgleiten in chaotischen Radikalismus verhindert werden soll.